

Frau Paar erläuterte einleitend, dass die Sportlerehrung eine lange und gute Tradition im Rhein-Sieg-Kreis habe und diese seit vielen Jahren durchgeführt werde. Sie sei ein wesentlicher Bestandteil des Paktes für den Sport zwischen dem Kreissportbund Rhein-Sieg e.V. (KSB) und dem Rhein-Sieg-Kreis, der die Sportpolitik im Kreis beschreibe und viele Punkte beinhalte, die den Sport in enger Zusammenarbeit mit dem KSB maßgeblich voran brächten. Die Anliegen Inklusion und Ehrung erfolgreicher Sportlerinnen und Sportler seien dabei ein wichtiger Bestandteil. Die bislang bestehenden Richtlinien waren dahingehend gerade im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen und den entsprechenden Wettkämpfen zu erneuern. Der vorgelegte Beschlussvorschlag wurde mit dem KSB inhaltlich abgestimmt. Man hoffe, im nächsten Jahr wieder eine Sportlerehrung durchzuführen, nachdem eine Durchführung in den Jahren der Pandemie sowie bedingt durch die Arbeitsbelastung im Host-Town-Projekt 2023 nicht erfolgen konnte.

SkB Müller bedankte sich bei der Verwaltung für die ausführliche Vorlage sowie die Ergänzung der Präambel und des Themas „Menschen mit Behinderungen“. Es sei ein sehr gutes Zeichen und die Richtlinien hätten dadurch einen zeitaktuellen Bezug erhalten. Der KSB habe bei der Aktualisierung mitgewirkt.

KTM Zorlu bedankte sich im Namen der Koalitionsfraktion bei der Verwaltung. Einen Schwerpunkt der Vereinbarung, den Behindertensport voranzubringen, habe man in diesem Jahr gut umsetzen können. Dies spiegele sich nun auch in den Richtlinien wieder, mit dem KSB verstärkt Menschen mit einer Behinderung einzubeziehen.

SkB Ziegner erinnerte sich daran, den Rahmen der Veranstaltung zur Sportlerehrung zu verändern. Dazu gab es auch einen Arbeitskreis des Ausschusses. Sie fragte bei der Verwaltung nach, wie hier der aktuelle Stand sei.

Frau Paar antwortete, dass es einige Vorgespräche gab, der Prozess aber noch nicht abgeschlossen sei. Man arbeite derzeit an einem Konzeptentwurf, der mit Partnern wie dem KSB, aber auch der Kreissparkasse Köln und anderen Akteuren abgestimmt werden müsse. Einen fertigen Vorschlag werde man dem Ausschuss unterbreiten.